



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

über die Sitzung
des Verkehrsausschusses
am 27.04.2021

Anwesend

- Vorsitz

Katrin Eder

- Verwaltung

Katja Mailahn

- Mitglieder

Sabine Flegel

Corinne Herbst

Daiana Neher

David Nierhoff

Anette Odenweller Vertretung für Herrn Gerster

Werner Rehn

Tilman Schweitzer

Mareike von Jungenfeld

- Schriftführung

Christian Heitzmann

-

Florian Azirovic Vertretung für Carmen Maurer

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Thomas Gerster

Carmen Maurer

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 10.03.2021
2. Betrauung der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH mit der Erbringung von Verkehrsleistungen im Gebiet der Stadt Mainz, einschließlich ergänzender ÖPNV-Dienstleistungen wie der Vorhaltung der hierfür erforderlichen Infrastruktur als gemeinwirtschaftliche
3. Verkehrsmodell der Stadt Mainz - Grenzen und Möglichkeiten (mündlicher Bericht)
4. Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung bzgl. einer zusätzlichen Rheinbrücke (mündlicher Bericht)
5. „Aufwertung der Kirchenfläche St. Bonifaz“ und „Umgestaltung Bonifaziusstraße und Bonifaziusplatz“
6. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs "Am alten Schulgarten"
7. Mitteilungen

öffentlich

Punkt 1 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 10.03.2021

Die Niederschrift wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 Betrauung der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH mit der Erbringung von Verkehrsleistungen im Gebiet der Stadt Mainz, einschließlich ergänzender ÖPNV-Dienstleistungen wie der Vorhaltung der hierfür erforderlichen Infrastruktur als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung mittels eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags Vorlage: 0542/2021

Herr Ernhof und Herr Kron beantworten alle Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Verkehrsausschuss nimmt anschließend folgendes zur Kenntnis:

1. Die Stadt Mainz betraut die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH mit der Erbringung von Verkehrsleistungen (Straßenbahn- und Busverkehrsleistungen) im Gebiet der Stadt Mainz (einschließlich ausbrechender Verkehre) sowie ergänzender ÖPNV-Dienstleistungen wie der Vorhaltung der hierfür erforderlichen Infrastruktur als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung. Die Betrauung erfolgt, entsprechend dem als Anhang 1 beigefügten öffentlichen Dienstleistungsauftrag, auf Grundlage der VO (EG) Nr. 1370/2007, durch Stadtratsbeschluss und anschließender rechtsverbindlicher Umsetzung mittels gesellschaftsrechtlicher Weisung.
2. Der Stadtrat beauftragt die zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung, für eine praktische Umsetzung der Inhalte der Betrauung Sorge zu tragen und dazu u.a. im Wege einer „ex-post-Kontrolle“ sicherzustellen, dass keine Überkompensation vorliegt und dass der überwiegende Teil der Verkehrsleistung von der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH zu erbringen ist, somit die bisherige Praxis beibehalten wird. Sowohl die Qualität und der Umfang der Verkehrsleistungserbringung als auch die Parameter zur Berechnung der beihilfenrechtlich zulässigen Ausgleichsleistung ergeben sich aus den beigefügten Anlagen.

Die zuständigen Stellen der Stadt Mainz haben die rechtsverbindliche Umsetzung dieses Beschlusses gegenüber der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH über die beschriebene Weisungskette sicherzustellen.

3. Soweit beihilfenrechtliche, steuerrechtliche oder sonstige rechtliche Gründe redaktionelle oder geringfügige sonstige Änderungen an der als Anhang 1 beigefügten Betrauung ein-

schließlich ihrer Anlagen erforderlich machen und die den wirtschaftlichen Inhalt der Be-
trauung nicht berühren, ist der Oberbürgermeister zur Vornahme dieser Änderungen be-
rechtigt. Dem Stadtrat ist die endgültige Fassung zur Kenntnis zu geben.

4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass sich zur Herstellung des Kontrollkriteriums das Mo-
dell des Stimmbindungsvertrags nach wie vor eignet, sodass ein Modellwechsel betreffend
der Herstellung des Kontrollkriteriums nicht eingeleitet wird.

Punkt 3 **Verkehrsmodell der Stadt Mainz - Grenzen und Möglichkeiten (mündlicher
Bericht)**

Herr Schroeders stellt das städtische Verkehrsmodell vor und beantwortet Rückfragen der
Ausschussmitglieder. Die Präsentation wird ins Ratsinformationssystem eingestellt.

Punkt 4 **Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung bzgl. einer zusätzlichen Rheinbrücke
(mündlicher Bericht)**

Frau Metzsch stellt die Ergebnisse des Gutachtens vor. Die Ausschussmitglieder regen die Pla-
nung einer neuen Fuß- und Radverkehrsbrücke an.
Dies wird bei den derzeitigen Überlegungen für Radschnellwege Frankfurt-Mainz und Wiesba-
den-Mainz bereits mitgeprüft.
Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem bereitgestellt.

Punkt 5 **„Aufwertung der Kirchenfläche St. Bonifaz“ und „Umgestaltung Bonifazius-
straße und Bonifaziusplatz“; Bund-Länder-Programm Soziale Stadt/Sozialer
Zusammenhalt
hier: überarbeiteter Planungsstand nach dem Online-Bürger:innenforum am
11.02.2021 und angepasste Antragstellung
Vorlage: 0597/2021**

Herr Strobach stellt die überarbeiteten Pläne vor.
Der Verkehrsausschuss empfiehlt mehrheitlich die nach dem Online-Bürger:innenforum am
11.02.2021 überarbeitete und angepasste Planung und beauftragt die Verwaltung, diese Pla-
nung dem Fördergeber nachzureichen.

Punkt 6 **Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs "Am alten Schulgarten"**
Vorlage: 1724/2020

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, das Einvernehmen zur Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches für die Straße „Am Alten Schulgarten“ zu geben.

Punkt 7 **Mitteilungen**

Die Verwaltung informiert die Ausschussmitglieder über folgenden Sachverhalt:

Der Landesrechnungshof hat gegenüber dem LBM festgestellt, dass für einen Knotenpunkt-sausbau an der L425/Florenz-Allee die Landeshauptstadt Mainz finanziell aufkommen müsste. Gleichzeitig schlug der Rechnungshof vor, statt dem Anbau einer zusätzlichen Spur eine Ummarkierung vorzunehmen: Die Linksabbiegespur soll dabei zugunsten einer weiteren Geradeausspur wegfallen. Die vergleichsweise geringe Zahl von linksabbiegenden Fahrzeugen können künftig an der Kreuzung Barcelona-Allee/Ludwig-Erhard-Straße abbiegen. Die Stadtverwaltung wird dies in dieser Form umsetzen.

Seitens einiger Ausschussmitglieder wird Unverständnis darüber geäußert, dass nach jahrelanger Debatte seitens der Landesbehörden nun ein anderer Weg vorgeschlagen werde.

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung